

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bürstadt

Wahlprogramm

Kommunalwahl 2021

Beschlossen am: 07.01.2021
Ortsverbandsvorsitz Bürstadt

Vorwort:

Heute ist parteiübergreifend klar, dass eine Fortsetzung der Politik der letzten Jahrzehnte in eine ökologische Katastrophe führt.

Daher haben die Parlamente auf allen Ebenen entschieden, alle Entscheidungen unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten von Klima- und Artenschutz zu treffen.

Auch die Bürstädter Stadtverordnetenversammlung hat am 18. September 2019 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

In unserem Wahlprogramm zeigen wir Bürstädter GRÜNE, wie eine grüne Politik in Bürstadt aussehen würde.

GRÜNE wählen, bedeutet die Klimawende wählen!

Inhaltsverzeichnis

Umwelt und Klimaschutz 6

Schaffung einer ganzen Stelle für Energieberatung / Umweltberatung der Bürger*innen	6
Forderung zur Solarpflicht im Bebauungsplan für Neubaugebiete und neue Gewerbegebiete	7
Forderung zu Photovoltaik-Anlagen auf allen Gebäuden in öffentlicher Hand	8
Förderung von Photovoltaik auf privaten Gebäuden	8
Unterstützung des Plans: Stromnetz in städtischer Hand	8
Unterstützung von Bürger*innenprojekten zur energetischen Sanierung.....	9
Erstellung eines Masterplan 100% CO ₂ Neutralität	9
Bilanzierung von Großprojekten basierend auf CO ₂ -Kosten.....	9
Erweiterung der Flächenbegrünung in Bürstadt.....	10
Bürstadt als „Zero Waste Stadt“	10
Erstellung einer Baumschutzsatzung	11

Soziales und Stadtentwicklung 12

Stärkung von Frauen in der Gesellschaft	12
Ansprechpartner*in für Personen mit Gewalterfahrung	13
Erweiterung der Erich-Kästner-Schule um eine gymnasiale Oberstufe.....	13
Erhalt der Sprachheilschule	14
Partizipation von Kindern	14
Wiedereinführung von Kinder- und Jugendfreizeiten	15
Unterstützung des Jugendhauses Bürstadt	15
Für den Erhalt des Freizeitkickergeländes	15
Erstellung einer festen WC-Anlage auf dem Freizeitkickergelände.....	16
Erweiterung des Sport- und Bildungsparks.....	16
Den Jugendrat stärken.....	17
Errichtung neuer Betreuungsangebote und Treffpunkte für ältere Mitbürger*innen	18
Entwicklung von Mehrgenerationenwohnungen	18
Einrichtung eines Behindertenbeirats	18
Für ein buntes Bürstadt	19
Eine inklusive Bürstädter Innenstadt.....	19
Ausbau Innerstädtische Verdichtung vor Verlust an Kulturfläche.....	20

Erstellung eines Mietspiegels für Bürstadt	20
Ausbau des sozialen Wohnungsbaus	21
Aufenthaltsqualität in Bürstadt verbessern	21
Verbesserung der ärztlichen Versorgung	22
Nachhaltigere Einkaufsmöglichkeiten	22
Ressourcenverbrauch reduzieren	22
Gegen jegliche Form von Rassismus	23
Für Bürstadt als „sicherer Hafen“!	23

Verkehr und Infrastruktur 24

Für sicheren Verkehr	24
Flächendeckend Tempo 30 in Bürstadt	24
Umsetzung des Radwegekonzepts der GRÜNE Bürstadt.....	24
Umgestaltung der Oberschultheiß-Schremser-Straße und der Magnusstraße zur Fahrradstraße ..	25
Errichtung weiterer Kreisverkehre an neuralgischen Kreuzungen	26
Förderung von Carsharing.....	26
Ausreichende Anzahl von überdachten Fahrradabstellmöglichkeiten	27
Verbesserung der Mobilität	27
Ausbau des Stadtbusses und Reduzierung des Fahrpreises	28
Verbesserung von Bus- und Zugverbindungen	28
Förderung und Ausbau der Elektromobilität	29

Landwirtschaft und Kulturlächenerhalt 30

Förderung von Landwirtschaft in Bürstadt	30
Einsetzen eines Tierschutzbeauftragten	30
Unterstützung Paludikultur.....	31
Erhalt von Kulturlächen	31

Kultur und Vereinsförderung 32

Kunst und Kultur stärken – für ein offenes und freies Miteinander	32
Räume für Kunst und Kultur schaffen.....	32
Vereinsförderung	33
Für eine europäische Kommune.....	33

Wirtschaft und Digitalisierung 34

Ausbau des Glasfasernetzes auf der letzten Meile.....	34
Für eine nachhaltige Wirtschaft.....	34
Einführung einer Informationsfreiheitssatzung auch in Bürstadt	35
Gestaltung digitaler Politik für eine größere Transparenz bei politischen Entscheidungen	35
Transparenz von Städtischen Gremien und des Stadtparlaments	36

Umwelt und Klimaschutz

Schaffung einer ganzen Stelle für Energieberatung / Umweltberatung der Bürger*innen

Wir fordern, dass in der Verwaltung eine Vollzeitstelle für einen Umweltbeauftragten geschaffen wird.

Wir fordern einen jährlichen Umweltbericht der Stadt Bürstadt.

Wir fordern eine kostenlose, individuelle Energieberatung vor Ort.

Das Ergebnis einer Anfrage bei der Stadtverwaltung zeigt, dass im Schnitt eine Beratung pro Monat durchgeführt oder angefragt wird. Mit diesem Tempo dauert ein klimafreundlicher Wandel in Bürstadt wohl noch über 100 Jahre. Diese Zeit bleibt uns nicht. Wir müssen heute handeln, um die bevorstehenden dramatischen Veränderungen abzumildern, vermeiden geht schon lange nicht mehr. Die individuelle Energieberatung vor Ort muss hier zu einem selbstverständlichen Service werden, der seine Kompetenz in jegliche privaten und öffentlichen Planungen einbringt. Bürstadt war mit einem Umweltberater hier schon viel weiter. Jährliche Umweltberichte zeigten Ziele, Erreichtes, sowie auch viele Versäumnisse. Statt letztere anzugehen, ließ man die Umweltberatung lieber „auslaufen“. So lösen die Regierungsparteien im Stadtparlament die Probleme auf ihre Art. Die Forderung von uns GRÜNEN vor eineinhalb Jahren, in Bürstadt den Klimanotstand auszurufen, sollte ein klares Signal der Stadt sein: „Ja, wir haben verstanden. Wir müssen nun beginnen Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen.“

Die Bürgermeisterin sprach in ihrer Neujahrsrede vom 10.01.2020 sehr viel über grüne Projekte, leider ohne Konsequenzen. Taten folgten keine.

Grün wählen, bedeutet die Klimaschutz wählen!

Forderung zur Solarpflicht im Bebauungsplan für Neubaugebiete und neue Gewerbegebiete

Wir fordern die Verpflichtung, private Neubauten mit einer Photovoltaikanlage zu versehen.

Wir fordern die Verpflichtung, gewerbliche Neubauten mit einer Photovoltaikanlage zu errichten.

Die Photovoltaik (PV) stellt eine umweltfreundliche, dezentrale Energiequelle dar, die einen großen Teil an fossiler Energiegewinnung ersetzen kann. Rechnet man alle Umweltkosten der fossilen Energiegewinnung mit ein, ist die PV zusammen mit der Windenergie die günstigste Energiequelle und in der Lage, unseren steigenden Bedarf an Elektrizität zum Beispiel für Wärmepumpen und E-Mobilität zu einem beachtlichen Anteil zu decken. Die PV auf dem eigenen Dach macht unabhängig von den Energieversorgern. Dass in Neubaugebieten nur wenige Häuser mit einer PV-Anlage ausgestattet sind zeigt, hier herrscht noch viel Unkenntnis und Unsicherheit, obwohl für Banken die Finanzierung einer PV-Anlage (in der Bauphase oder auch später) selbstverständlich ist, da diese kein Risiko darstellt und einen positiven Ertrag erwirtschaftet. Eine Solarpflicht soll die Bürger*innen nicht einschränken, sondern sie vor späteren Kosten schützen, wie die für eine Nachrüstung, bzw. Preissteigerungen und steigender Verbrauch (Wärmepumpe, E-Auto, Klimaanlage, etc.). Diese „Fürsorge“ nimmt die aktuelle Stadtpolitik nicht wahr, stattdessen blockiert sie entsprechende Vorschläge.

Eine Solarpflicht für Gewerbeobjekte ist in manchen Bundesländern und Gemeinden bereits umgesetzt, hier muss Bürstadt nicht zum Schlusslicht werden! Wie kann es sein, dass wir einerseits für den Erhalt von Ackerflächen kämpfen, aber Hallendachflächen wie z.B. die der Fa. Rossmann „vergessen“ zu nutzen? Hierbei muss kein Unternehmer zur Installation einer PV-Anlage verpflichtet, vielmehr soll rechtzeitig die Möglichkeit geschaffen werden, dass Energiegenossenschaften mit Beteiligung von Bürstädter Bürger*innen solche Projekte realisieren.

Forderung zu Photovoltaik-Anlagen auf allen Gebäuden in öffentlicher Hand

Wir fordern eine Pflicht, Neubauten in öffentlicher Hand ausschließlich mit einer Photovoltaikanlage zu errichten.

Wir fordern verpflichtend zu prüfen, inwieweit eine Nachrüstung mit Photovoltaikanlagen auf Gebäuden in öffentlicher Hand möglich ist.

Selbstverständlich gilt all das oben Gesagte (Forderung zur Solarpflicht im Bebauungsplan für Neubaugebiete und neue Gewerbegebiete) auch für Gebäude in öffentlicher Hand. Hier gilt es mit gutem Beispiel voran zu gehen. Bürstadt sollte einen konkreten Investitionsplan erstellen, welche öffentlichen Gebäude wann energetisch ertüchtigt werden.

Förderung von Photovoltaik auf privaten Gebäuden

Wir fordern die Förderung von Photovoltaikanlagen auf privaten Gebäuden, sofern ein Eigentümer bereit ist, PV nachzurüsten.

Photovoltaik fördern geht auf vielfache Weise, durch Beratung und Information, Vormachen und Beispiel sein, Werben und Ermutigen. Hier begrüßen wir GRÜNE die Gründung der Bürger*innensolarberatung Bürstadt in Zusammenarbeit mit Metropolsolar. Aufgabe der Politik ist es, für eine Zukunft zu sorgen, somit hat sie auch das Recht zu Fordern.

Unterstützung des Plans: Stromnetz in städtischer Hand

Wir fordern die Unterstützung der Energie Ried beim Erwerb des Bürstädter Stromnetzes.

Wir unterstützen den Plan von Energie Ried, bei der nächsten öffentlichen Ausschreibung des Bürstädter Stromnetzes mitzubieten. Dadurch würde das Bürstädter Stromnetz als öffentliches Versorgungsnetz in öffentlicher Verantwortung stehen mit den entsprechenden Vorteilen.

Unterstützung von Bürger*innenprojekten zur energetischen Sanierung

Wir fordern die Bildung von Energiegenossenschaften.

Wir unterstützen die Bildung von Energiegenossenschaften zur Finanzierung der energetischen Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden.

Eine Energiegenossenschaft organisiert die energetische Sanierung mit lokalen Handwerkern und finanziert sie mit lokal eingeworbenem Bürger*innengeld. Das Know-How der Genossenschaft verringert das Risiko von Fehlschlägen. Die eingesparten Kosten für Gas und Öl fördern Bürstadts Wohlstand. Dadurch wird die Finanzierung der für den Klimaschutz notwendigen Maßnahmen effizient umgesetzt und den Bürger*innen erspart man steigende Heizkosten durch z.B. die geplante CO₂-Bepreisung. Hierdurch entsteht u.a. die Möglichkeit auch finanzschwache Bürstädter an der Energiewende teilhaben zu lassen.

Erstellung eines Masterplans 100% CO₂ Neutralität

Wir fordern die Erstellung eines Masterplans zur 100 % CO₂-Neutralität.

Wir fordern die Umsetzung des Masterplans bis 2035.

Wir wollen die Erstellung eines Masterplans zur Erreichung von 100 % CO₂-Neutralität bis 2035 durch die Stadt Bürstadt mit Zwischenzielen ab 2021. Die jährlichen Erfolgsbilanzen werden im Stadtparlament öffentlich diskutiert, um den Erfolg der Bürstädter Klimapolitik mit den Notwendigkeiten zu vergleichen.

Bilanzierung von Großprojekten basierend auf CO₂-Kosten

Wir fordern die Bilanzierung von Großprojekten auf CO₂-Kostenbasis.

Bei allen Großprojekten der Stadt Bürstadt müssen die CO₂-Kosten basierend auf den Umwelt-Kostenschätzungen des Umweltbundesamts von zurzeit 195 € /Tonne CO₂ berücksichtigt werden, um die effizienteste Lösung zu finden

Erweiterung der Flächenbegrünung in Bürstadt

Wir fordern Bushaltestellen, Verkehrsinseln, Dächer, Wände und Plätze zu begrünen. Sie bieten sich als bereits vorhandene Flächen an, um für mehr Innenstadtbegrünung zu sorgen.

Wir fordern mehr öffentliche Parks und Grünflächen als Orte der Begegnung.

Wir wollen im Kommunalwald Flächen für die natürliche Entwicklung von Wald zur Verfügung stellen und dort auf die forstliche Nutzung verzichten.

Begrünung wird immer relevanter für Städte, um die Lebensqualität zu erhalten, zu erhöhen, Hitzeinseln zu vermeiden, für mehr Klimaschutz und als Orte der Begegnung. Neben mehr öffentlichen Parks fordern wir eine stärkere Begrünung von bereits vorhandenem Flächen! Bushaltestellen, Verkehrsinseln, Dächer, Wände und Plätze bieten sich als Flächen an, um für mehr Innenstadtbegrünung zu sorgen. Somit können die Temperaturen in dicht bebauten Gebieten gesenkt und damit die Lebensqualität erhöht werden. Parks müssen ausgebaut und teilweise neu angelegt werden. Hier können sich Menschen treffen und Zeit im Freien verbringen. Es müssen zudem auch mehr Bäume gepflanzt werden, denn sie spenden nicht nur Schatten, sie erhöhen auch die Luftqualität. Deshalb müssen Bäume erhalten werden. Anstatt sie zu fällen, sollte man sie in Bebauungspläne integrieren. Aktuell erleben wir im dritten Jahr in Folge, wie der Klimawandel unsere Wälder erreicht und sehr stark schädigt. Diese Aufgaben, Wald zu schützen und Aufforstungen nachhaltig zu gestalten, wollen wir GRÜNE auf allen politischen Ebenen angehen. Wir wollen im Kommunalwald Flächen für die natürliche Entwicklung von Wald zur Verfügung stellen und dort auf die forstliche Nutzung verzichten.

Bürstadt als „Zero Waste Stadt“

Wir fordern, dass Bürstadt der Initiative „Zero Waste Stadt“ beitrifft.

Wir wollen eine Abfallpolitik, die Müll vermeidet und Rohstoffe so lange und so gut wie möglich nutzt. Wir unterstützen Initiativen zu Plastikvermeidung und wollen als Kommune „Zero Waste Stadt“ werden und dieser Initiative beitreten. So sparen wir nicht nur Ressourcen, sondern unsere Stadt wird auch lebenswerter!

Erstellung einer Baumschutzsatzung

Wir fordern eine Baumschutzsatzung für Bürstadt.

Mit einer solchen Satzung würden Bäume und Hecken geschützt. Natürliches Grün und damit ein großes und wichtiges Stück Lebensqualität kann erhalten werden. Leider geht der Trend inzwischen auch in Bürstadt dahin, insbesondere Vorgärten, in unzeitgemäße „Schottergärten“ und fast zu Tode aufgeräumte Gärten umzuwandeln. Der oft gehörte Einwand, damit wären zu große Eingriffe in Eigentumsrechte der Bürger*innen verbunden, ist falsch. Seit 2009 gibt es in Hessen die gesetzliche Grundlage, Bäume, Hecken und Alleen als „geschützte Landschaftsbestandteile“ unter Schutz zu stellen. Von den 22 Städten und Gemeinden im Kreis Bergstraße hatte bisher leider nur Bensheim eine solche Satzung, seit neuestem nun aber auch Lorsch. Auch dort hat man erkannt, dass es insbesondere vor dem Hintergrund des dramatischen und beängstigenden Insektensterbens höchste Zeit ist umzudenken und die Gärten wieder ökologisch aufzuwerten. Dies hilft nicht nur unserer Umwelt, der Natur und dem Klima, sondern auch uns selbst. Wie entspannend und entschleunigend kann es sein, nach getaner Arbeit im eigenen Garten Vögel und Insekten zu beobachten?

Soziales und Stadtentwicklung

Wir setzen uns für echte Mitbestimmung von Bürger*innen bei wesentlichen Entscheidungen der Stadt durch Bürger*innenbefragungen und Bürger*innenbegehren ein, sowie zusätzliche Einbindung von interessierten Bürger*innen in Gremien wie z.B. lokale Partnerschaft (LOPA) und soziale Partnerschaft (SOPA).

Stärkung von Frauen in der Gesellschaft

Wir fordern ein*e Ansprechpartner*in im Bürgerhaus, der*die sich für die Belange und die stärkere Partizipation von Frauen einsetzt.

Wir stehen für die Gleichstellung im Beruf. Hier haben die kommunalen Unternehmen eine Vorbildfunktion.

Wir stehen für mehr Gleichberechtigung, für gleiche Bezahlung und Repräsentanz von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Deshalb braucht es auch mehr Frauen in den Parlamenten.

Für mehr Gleichberechtigung, für gleiche Bezahlung und Repräsentanz von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen braucht es auch Frauen in den Parlamenten. Sie sorgen dafür, dass die Perspektive von Frauen nicht untergeht. Deshalb wollen wir die Arbeit im Kommunalparlament so gestalten, dass die Sitzungszeiten und -modalitäten für alle machbar sind. Frauen müssen endlich sichtbarer werden. Hierzu soll es auch ein*e Ansprechpartner*in im Bürgerhaus geben, der*die sich für die Belange von Frauen einsetzt. In weiteren Aktionen sollten vor allem junge Mädchen, zum Beispiel durch den sogenannten „Girls Day“ angesprochen und stärker gefördert werden.

Für die Gleichstellung im Beruf haben die kommunalen Unternehmen eine Vorbildfunktion. Wir setzen uns daher dafür ein, dass hier – auch in Führungspositionen – gleichberechtigt Frauen eingestellt werden

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist noch längst nicht Realität. Der Hessische Lohnatlas schafft darüber Transparenz und ermöglicht damit eine Basis, um Schritte zur Entgeltgleichheit auf allen Ebenen zu erreichen.

Frauen und Mädchen sollten sich der Tragweite ihrer Berufswahl oder der Entscheidung für Teilzeitarbeit für die Altersversorgung bewusst sein. Daher wollen wir Jobcenter und

Personalabteilungen sensibilisieren, die Existenzsicherung von Frauen bei Beratungsgesprächen in den Fokus zu stellen.

Für Frauen sollen spezifische Qualifizierungen angeboten werden, die ihnen den beruflichen Aufstieg oder den Wechsel in besser bezahlte Berufsfelder ermöglichen.

Ansprechpartner*in für Personen mit Gewalterfahrung

Wir fordern eine hauptamtliche Stelle für Personen mit Gewalterfahrung im Bürgerhaus.

Während der Corona-Pandemie sind die Fälle von häuslicher Gewalt stark angestiegen. Dennoch wurde diesem Thema in den Medien kaum Platz eingeräumt. Einerseits soll eine hauptamtliche Stelle für Personen mit Gewalterfahrung einen städtischen Dialog starten, andererseits soll diese Ansprechstelle im Ernstfall Beratung, Unterstützung und eventuelle Weiterleitung an ein Frauenhaus anbieten.

Da es in Bürstadt kein Frauenhaus gibt, fordern wir eine Beratungsstelle für Personen mit Gewalterfahrung im Bürgerhaus, um Menschen, die Gewalt im Haushalt erleben, zu unterstützen.

Erweiterung der Erich-Kästner-Schule um eine gymnasiale Oberstufe

Wir fordern die Erweiterung der EKS um eine gymnasiale Oberstufe.

Wir fordern die Vermeidung von Schulbusfahrten in Nachbarstädte.

Als Wachstumsgemeinde sind wir in der Pflicht, im Kreis konsequent darauf hinzuwirken, dass ein adäquates Bildungsangebot vor Ort vorhanden ist und auch ausgebaut wird. Unser Ziel muss es daher sein, dass unsere Kinder in Bürstadt das Abitur machen können.

Der weitere Ausbau der Gymnasien an der Bergstraße bedeutet für unsere Kinder aus Bürstadt eine lange Anfahrt zu ihren Schulen. So verlieren sie täglich mindestens eine Stunde Lern- und Lebenszeit. Es ist unverständlich und inakzeptabel, dass in Bürstadt, der Stadt mit der größten Grundschule im Kreis, keine gymnasiale Oberstufe vorhanden ist. Diese langen Fahrzeiten hätten für unsere Bürstädter Kinder verhindert werden können, wenn parallel zum Ausbau der Bergsträßer Gymnasien in den gymnasialen Zweig der EKS investiert worden wäre.

Erhalt der Sprachheilschule

Wir fordern Integrationsmaßnahmen vor Ort als die beste Variante.

Wir fordern, dass positive Entwicklungen aus vielen Jahren nicht gefährdet werden.

Wir treten ein für den Erhalt der Sprachheilschule als bestehende erfolgreiche Integrationsmaßnahme in Bürstadt.

Das Hauptargument des Kreises für die Schließung der Förderschule Sprache in Bürstadt ist Folgendes aus dem Schulentwicklungsplan 2020 S.53, 5.6.1 *„Aufgrund der Verortung der Sprachheilabteilung im westlichen Randgebiet des Kreises ist es für Kinder aus dem Osten des Kreisgebietes allerdings nur mit langen Fahrtzeiten erreichbar und wird deshalb selten angewählt.“*

Wieso kann man nicht zweigleisig fahren mit zwei Standorten für die Sprachheilschule?
Warum macht man gute inklusive Arbeit kaputt, obwohl sie sich über Jahre bewährt hat?

Partizipation von Kindern

Wir fordern eine*n Kinderbürgermeister*in.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen wollen wir fördern. Kinderrechte sollen ein fester Bestandteil im öffentlichen Leben werden. Bürstadt sollte sich als „kinderfreundliche Kommune“ zertifizieren. Kinder können eine*n Kinderbürgermeister*in wählen. Einerseits soll diese*r repräsentativen Aufgaben übernehmen, andererseits als Ansprechpartner*in für Gleichaltrige dienen und mit Verwaltung und Bürgermeister*in kommunizieren.

Wiedereinführung von Kinder- und Jugendfreizeiten

Wir fordern, dass Vereinsfreizeiten für Kinder und Jugendliche gefördert werden.

Wir fordern die Stärkung von internationalen Begegnungen / Partnerstädten.

Wir fordern, dass Jugendfreizeiten des Jugendhauses gefördert werden.

Eine Wiedereinführung der Bezuschussung von Kinder- und Jugendfreizeiten in Vereinen ist in den Vereinsförderrichtlinien aufzunehmen. Auch sollen Jugendfreizeiten über das Jugendhaus angeboten und gefördert werden. Dies gilt, besonders wenn es sich um internationale Begegnungen handelt.

Unterstützung des Jugendhauses Bürstadt

Wir fordern, dass für alle Tage Öffnungszeiten angeboten werden.

Wir fordern eine Ausweitung des Betreuungsangebotes.

Wir GRÜNE wollen die sozialpädagogische Arbeit in der Jugendhilfe stärken und die Vermittlung zum Beispiel von Medienkompetenz und demokratischen Werte auch kommunal fördern. Wir fordern außerdem, dass die Stadt das Jugendhaus noch besser unterstützt zum Beispiel durch die Ausweitung der Öffnungszeiten und größere Bandbreite von Projekten.

Für den Erhalt des Freizeitkickergeländes

Wir fordern den Erhalt des Freizeitkickergeländes/Skate-Parks.

Wir fordern die Bebauung des Beethovenplatzes mit Wohnhäusern der Behindertenhilfe und einem Ärztehaus.

Jugendpartizipation bedeutet auch Jugendlichen Räume zu schaffen/lassen, in denen sie sich ungestört aufhalten können. Neben dem Jugendhaus ist hier vor allem das Freizeitkickergelände attraktiv.

Hier können Jugendliche sich nicht nur aufhalten, sondern auch verschiedenen Aktivitäten nachgehen.

Nun soll dieser Freizeitkicker/Skate-Park bebaut werden, laut Stadt die „Südwest-Ecke des Bereichs“, also folglich der allergrößte Teil des Geländes.

Wir sprechen uns deutlich gegen eine solche Bebauung aus.

Konkret will die Stadt Bürstadt die Fläche mit Wohnhäusern der Behindertenhilfe bebauen. Ein solches Projekt begrüßen wir ausdrücklich, fordern aber die Realisierung z.B. auf dem Beethovenplatz, der bis jetzt ungenutzt ist. Hier wären die Bewohner wesentlich besser ins städtische Leben integriert, da der Standort zentraler ist. Zusätzlich ließe sich hier auch noch Platz für ein Ärztehaus finden und es müsste nicht die letzte frei zugängliche Grünfläche, auf der Sport betrieben werden kann, geopfert werden.

Erstellung einer festen WC-Anlage auf dem Freizeitkickergelände

Wir fordern die Erstellung einer festen WC-Anlage auf dem Freizeitkickergelände.

Die derzeit dort aufgestellten Dixi-Klos sind eine Zumutung und allenfalls ein Provisorium. Wir stehen dafür, dass hier eine feste Toilettenanlage erstellt wird.

Erweiterung des Sport- und Bildungsparks

Wir fordern die Schaffung von Umkleide- und Sanitärbereichen für Freizeitsportler.

Wir fordern, dass vereinsunabhängige Personen in die Planung einbezogen werden.

Der Sport und Bildungspark soll jederzeit öffentlich zugänglich sein.

Auch für Nichtvereinsmitglieder sind Umkleidemöglichkeiten zu schaffen.

Außerdem muss nicht nur der Bildungspark geplant, sondern gleichzeitig schon überlegt werden, wie die Einrichtung tatsächlich für alle Bürger*innen Bürstadts nutzbar gemacht werden kann.

Den Jugendrat stärken

Wir fordern die Erstellung eines Flyers der Jugendratskandidaten. Dieser soll den Wahlunterlagen beiliegen.

Wir fordern die Vorstellung der Jugendratskandidaten an den Schulen.

Wir fordern die Erstellung einer Webseite für den Jugendrat.

Jugendliche und Kinder spielen eine wichtige Rolle für die Zukunft unserer Gesellschaft. Dennoch sind sie nur im Jugendrat repräsentiert. Doch die extrem niedrige Wahlbeteiligung zeigt, wie schwierig es oft ist, Jugendliche zu erreichen und zu motivieren. Deshalb fordern wir ein spezielles Budget der Stadt, für die Anfertigung eines Flyers, der alle Jugendratskandidaten*innen, die das wollen, vorstellt. Hier soll das Jugendhaus als Vermittler dienen und garantieren, dass der Platz auf dem Flyer gerecht verteilt wird. Diese Flyer werden mit den Wahlunterlagen und einem Rückumschlag ("Gebühr zahlt Empfänger") an alle Jugendlichen in Bürstadt verschickt. Wählen soll endlich leicht sein und schnell gehen! Außerdem kann dieses Budget für Plakate verwendet werden, die auf die Jugendratswahl hinweisen.

Außerdem fordern wir eine stärkere Zusammenarbeit mit den Bürstädter Schulen! Hier sollen sich die Bewerber zukünftig vorstellen dürfen.

Da aber nicht jeder Jugendliche, der in Bürstadt wohnt, auch in Bürstadt in die Schule geht, fordern wir eine größere mediale Sichtbarkeit des Jugendrats! Deshalb soll der Jugendrat bei der Erstellung seiner eigenen Webseite unterstützt werden! Hier können kurze Vorstellungsvideos der Bewerber hochgeladen werden und ein QR-Code/Link auf dem, den Wahlunterlagen beigefügten Flyer soll auf diese verweisen.

Errichtung neuer Betreuungsangebote und Treffpunkte für ältere Mitbürger*innen

Wir fordern die Einrichtung eines Hauses bzw. Raums der Begegnung.

Wir fordern die Schaffung von städtischen Freizeitangeboten.

Im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ sollen weitere regelmäßige Angebote für unsere älteren Mitbürger*innen im Kontakt mit Jüngeren geschaffen werden. (zum Beispiel gemeinsames Frühstück, Spielenachmittage, Handy- und Computerkurse, Handwerken und/oder Musizieren)

Entwicklung von Mehrgenerationenwohnungen

Wir fordern die Unterstützung von Projekten zum Leben mehrerer Generationen unter einem Dach.

Synergien nutzen, die aus gemeinsamem Handeln entstehen. In generationsübergreifenden Wohnprojekten sind gegenseitige Hilfen an der Tagesordnung. Dadurch wird das Wohnen für Senioren, aber auch für junge Familien, einfacher. „Jung hilft Alt“ und „Alt hilft Jung“

Einrichtung eines Behindertenbeirats

Wir fordern die Einrichtung eines Behindertenbeirats.

Wir fordern die Einbindung eines Behindertenbeirates in alle politischen Entscheidungen.

Um an allen Bereichen des städtischen Lebens ausreichend teilnehmen zu können ist es notwendig, dass alle politischen Entscheidungen auch hinsichtlich der Teilhabe geprüft werden. Wir fordern die Bildung eines entsprechenden Beirats aus betroffenen Mitbürger*innen. Wir haben für viele Personengruppen bereits Beiräte (Kinder, Jugend, Ausländer, Senioren, Wirtschaft) gebildet. Wir halten einen Behindertenbeirat für eine wichtige Ergänzung in unserer Stadt.

Für ein buntes Bürstadt

Wir fordern, dass die Stadt Bürstadt Zeichen setzt durch klare Bekenntnisse zu alternativen Lebensweisen.

Wir fordern, dass eine LGBTQ+ -Flagge vor dem Bürgerhaus und am Marktplatz gehisst wird.

Wir fordern eine*n ehrenamtliche*n Queerbeauftragte*n.

Vielfalt und Diversität ist uns als GRÜNE besonders wichtig. Deshalb fordern wir, dass in Bürstadt, unter anderem zu besonderen Anlässen wie z.B. der Christopher-Street-Day, die LGBTQ+ -Flagge vor dem Bürgerhaus und am Marktplatz gehisst wird.

Außerdem ist uns der gesellschaftliche Dialog wichtig. Oft sind Menschen, die nicht den Normen unserer Gesellschaft entsprechen unterrepräsentiert.

Der*Die ehrenamtliche Queerbeauftragte soll als Vermittler*in zwischen der Stadtverwaltung und den in Bürstadt lebenden queeren Menschen auftreten. Er*Sie soll das Stadtparlament beraten und Vorschläge machen, wie Bürstadt zu einer noch offeneren und vielfältigeren Kommune werden kann.

Die*Der Queerbeauftragte vertritt die Interessen der queeren Einwohner*innen der Stadt Bürstadt.

LGBTQ+ steht für Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transgender, Queer und alle anderen geschlechtlichen Identitäten, die von der Cis-Heteronormativität abweichen.

Als Cis bezeichnet man Personen, deren zum Zeitpunkt der Geburt zugewiesenes Geschlecht mit ihrem entwickelnden Geschlechtsidentität zusammenfällt.

Eine inklusive Bürstädter Innenstadt

Wir fordern mehr Inklusion in der Innenstadt und bauliche Maßnahmen, die sicherstellen, dass jeder überall hinkommt.

Inklusion findet nicht nur an Schulen statt, auch die Innenstadt muss mit all ihren Ämtern, Einrichtungen, Läden und Gebäuden inklusiver werden, sodass es keine Räume mehr gibt, die für Menschen mit Behinderung oder Senioren unerreichbar sind. In einer offenen und demokratischen Gesellschaft ist es unabdingbar, dass Menschen überall sein und alles bequem erreichen können.

Ausbau Innerstädtische Verdichtung vor Verlust an Kulturfläche

Wir fordern, dass eine weitere Versiegelung von Kulturfläche vermieden wird.

Wir fordern eine Schaffung von zusätzlichem Wohnraum in der Stadt.

Wir fordern eine Wohnraumschaffung, die sich an den Entwicklungszahlen orientiert.

Wir fordern innerstädtische Verdichtung – aber nicht um jeden Preis.

Wir schützen die Natur, indem wir eine innerstädtische Verdichtung einer Versiegelung im Außenbereich vorziehen und gleichzeitig die Lebensqualität durch Ruheroasen und grüne Inseln steigern. Laut Prognosen gibt es bis zum Jahr 2030 zunächst einen weiteren Bevölkerungszuwachs, danach ist mit einem Rückgang zu rechnen.

Durch die Zunahme an privaten Initiativen zur Schaffung von Wohnungen (Mainstraße 15, Mainstraße 54) sollte vor einer Erweiterung von Baugebieten eine genaue Bedarfsanalyse für Wohnraum gemacht werden.

Erstellung eines Mietspiegels für Bürstadt

Wir fordern die Erstellung eines Mietspiegels für Bürstadt.

Wir fordern ein Wohnraummanagement durch die Stadtverwaltung („Vermiete an die Stadt“).

Die Mietpreise in Bürstadt sollen transparenter werden. Auf Internetportalen werden Mietpreisentwicklungen dargestellt, die in den letzten 10 Jahren Steigerungsraten von bis zu 44% aufzeigen. Um für Mieter und Vermieter nachvollziehbare Entwicklungen zu dokumentieren, sollten wir auch für Bürstadt einen Mietpreisspiegel erstellen lassen. Bürstadt hat zurzeit einen Wohnungsleerstand von ca. 270 Wohnungen. Aber dennoch wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper.

Die Stadt soll dieser Diskrepanz durch Schaffung eines Mietkonzepts (ähnlich dem Projekt der Stadt Viernheim „CleVermieten“) begegnen. Weiterhin soll durch einen Renovierungszuschuss mit Belegungsbindung Hausbesitzern geholfen werden, wertvollen

Wohnraum zu erhalten. Innenstadtbelebung durch bezahlbare Mietkonzepte (Stadt als Zwischenmieter)

Bürstadt hat zurzeit einen hohen Geschäftsleerstand in der Innenstadt. Die Innenstadt kann wiederbelebt werden, indem die Stadt als Mieter die leerstehenden Geschäfte an- und dann weitervermietet. Ähnliches hat u.a. die Stadt Hanau schon erfolgreich praktiziert. Um eine gemütliche und ansprechende Innenstadt weiterzuentwickeln müssen wir der Verödung entgegenwirken.

Ausbau des sozialen Wohnungsbaus

Wir fordern eine transparente Bedarfsermittlung für Sozialwohnungen.

Wir fordern, dass weitere notwendige Baumaßnahmen ermöglicht werden.

Erstellung weiterer Sozialwohnungen mit der Gemeinnützigen Baugenossenschaft eG, Bürstadt, entsprechend dem ermittelten (vorhandenen) Bedarf.

Aufenthaltsqualität in Bürstadt verbessern

Wir fordern die Aufstellung von Trinkwasserspendern.

Wir fordern eine größere Anzahl von Sitzmöglichkeiten in der Stadt: Besitzbare Stadt.

Im Sportpark, der Alla-Hopp-Anlage, sowie der Innenstadt sollen kostenlose Trinkwasserspender aufgestellt werden.

Insgesamt gibt es im Stadtgebiet zu wenig Sitzmöglichkeiten. Deshalb fordern wir eine Begutachtung der vorhandenen Sitzplätze im Stadtgebiet, Instandsetzung der durch Vandalismus beschädigten und Errichtung neuer Sitzbänke. Insbesondere um den Bahnhofsbereich sollen Sitzmöglichkeiten geschaffen werden auf denen Senioren oder bewegungseingeschränkte Menschen Platz nehmen können.

Verbesserung der ärztlichen Versorgung

Wir fordern Hilfen zur Ansiedlung weiterer praktischer Ärzte.

Wir fordern die Errichtung eines Ärztehauses.

Bürstadt leidet unter einer zu geringen Anzahl von praktischen Ärzten im Stadtgebiet. Es sollen Hilfen zur Ansiedlung von Allgemeinmedizinern und Fachärzten, sowie der Errichtung eines Ärztehauses angeboten werden.

Nachhaltigere Einkaufsmöglichkeiten

Wir fordern die Aufwertung des Wochenmarktes durch zusätzliche Produktangebote.

Wir fordern die Ansiedlung von Unverpackt- und Selbstverpackt-Geschäften zu fördern.

Wir möchten eine weitere Aufwertung unseres Wochenmarktes, indem weitere Angebote ermöglicht werden (Produkte aus dem Fairtrade-Bereich und mehr Bioprodukte). Was in anderen Städten funktioniert sollte auch in Bürstadt möglich sein. Damit wird die Attraktivität der Innenstadt aufgewertet und ein weiterer Beitrag zum Umweltschutz geleistet

Ressourcenverbrauch reduzieren

Wir fordern die Förderung zur Errichtung eines Leihladens.

Wir fordern die Errichtung eines „Repair Cafes“.

Im künftigen Stadtteilzentrum Erbacher Straße oder an anderer populärer Stelle in Bürstadt sollte ein Leihladen und/oder „Repair Cafe“ entstehen. Dies hilft zu einem verbesserten Umgang mit Ressourcen. (Wie viele Akkuschrauber liegen in Bürstadt ungenutzt im Keller?) Das Verleihen von Dingen (Werkzeuge, Maschinen und vieles mehr) nicht nur im Bekanntenkreis und weitere Hilfsangebote stärken die Gemeinschaft und vermeiden den Verbrauch von Rohstoffen.

Gegen jegliche Form von Rassismus

Wir fordern, dass die Stadt Bürstadt mit gutem Beispiel vorangeht und Initiativen und Projekte gegen Rassismus und Diskriminierung unterstützt.

Die Black Lives Matter Bewegung hat uns aufmerksam auf das Thema Rassismus und Diskriminierung gemacht. Wir wollen die öffentliche Diskussion über dieses Thema am Leben erhalten und fordern deshalb die Unterstützung von Initiativen und Projekten, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung richten. Die Stadt muss auf dieses Thema aufmerksam machen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Für Bürstadt als „sicherer Hafen“!

Wir fordern, dass sich die Stadt Bürstadt dem bundesweiten Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ anschließt.

Die dramatischen Bilder aus Flüchtlingslagern haben uns alle zutiefst erschüttert. Grundrechte, wie die Menschenwürde, für die wir als freier und demokratischer Staat stehen, sind dort schlicht und ergreifend nicht gegeben. Wir sehen es deshalb als unsere alternativlose Pflicht, als demokratische Partei, eine freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen zu fordern. Besonders am Herzen liegen uns dabei minderjährige Flüchtlinge.

Menschen, die nach den Strapazen einer Flucht in Europa ankommen, sollten unter keinen Umständen unter so menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen! Deshalb fordern wir, dass sich die Stadt Bürstadt dem bundesweiten Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ anschließt. Ebenso fordern wir gleichfalls den Kreisausschuss des Kreises Bergstraße auf, zu veranlassen, dass der Kreis Bergstraße sich dem bundesweiten Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ anschließt. Wir wollen nicht zusehen, wie Menschen einfach ohne grundlegende humanitäre Hilfe alleingelassen werden.

Verkehr und Infrastruktur

Für sicheren Verkehr

Wir fordern die Verkehrssicherheit zu erhöhen und wollen Kapazitäten und Kompetenzen der Ordnungsbehörde stärken.

In Bürstadt ist Fahrradfahren manchmal gefährlich. Wie in jeder größeren Stadt ist hier die Vermittlung zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern oft nicht leicht. Hierbei muss allerdings besonderer Schutz für Fahrradfahrer und Fußgänger bestehen, weil sie die verwundbarsten Verkehrsteilnehmer sind. Radwege und Fußgängerwege müssen deshalb immer freigehalten werden. Verkehrsteilnehmer, die sich nicht an die Regeln halten, müssen bestraft werden. Hierfür haben wir in Bürstadt die Ordnungskräfte.

Um die Verkehrssicherheit zu stärken wollen wir die Kapazitäten und Kompetenzen der Polizei stärken. Denn sie sind die Garanten für einen sicheren Straßenverkehr auf Augenhöhe.

Flächendeckend Tempo 30 in Bürstadt

Wir fordern die Einführung von Tempo 30 im gesamten Stadtgebiet

Die derzeit ausgewiesenen 30iger-Zonen reichen bei weitem nicht aus. Insbesondere die Durchgangsstraßen stellen aufgrund der dort gefahrenen Geschwindigkeit nach wie vor eine erhebliche Gefährdung für andere Verkehrsteilnehmer dar.

Umsetzung des Radwegekonzepts der GRÜNE Bürstadt

Wir fordern die konsequente Umsetzung des Radwegekonzepts der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bürstadt.

Die uninspirierte und nicht nachvollziehbare Verkehrspolitik soll im Bereich des Fahrradverkehrs logisch durchdacht, plausibel und anwendbar gestaltet werden. So beginnen in Bürstadt Radfahrwege im irgendwo und enden im nirgendwo (z.B. Mainstraße stadteinwärts, Nibelungenstraße am Beethovenplatz). Daher ist es den Bürstädter GRÜNEN wichtig, ein durchgängiges geschlossenes Radwegenetz zu schaffen.

Deshalb fordern wir die Umsetzung des Radwegekonzepts der GRÜNEN Bürstadt.
Wir GRÜNE wollen in Bürstadt eine „Verkehrsregelung auf Augenhöhe“. Das heißt, alle Verkehrsteilnehmer, also Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger, sollen gleichberechtigte Partner im Straßenverkehr sein. Was dafür in Bürstadt jedoch wirklich fehlt ist ein tragfähiges, durchdachtes und praktikables Verkehrskonzept.

Dass wir Bürstädter gerne Radfahren, hat man beim Stadtradeln gesehen. Schon nach zwei Wochen waren die Bürstädter 36.884 km gefahren (das entspricht einer CO₂- Vermeidung von 5 Tonnen)

Am Schluss haben wir mit 61.127 km die Erde 1,5-mal umrundet. Ein klares Bekenntnis zum Verkehrsmittel Fahrrad!

So sollte Bürstadt mit dem Rad überall ungehindert, sicher und komfortabel befahrbar sein. Dies ist zurzeit leider nur mit erheblichem radfahrtechnischem Können und Mut möglich.

Umgestaltung der Oberschultheiß-Schremser-Straße und der Magnusstraße zur Fahrradstraße

Wir fordern die Umgestaltung der Oberschultheiß-Schremser Straße und der Magnusstraße in eine Fahrradstraße.

Wir wollen, dass unsere Kinder sicher mit dem Rad zur Schule kommen können. Da beide Bürstädter Schulen praktisch an der Oberschultheiß-Schremser-Straße liegen, wäre es nur logisch und sinnvoll, diese zu einer Fahrradstraße umzuwidmen, um unsere Kinder auf ihrem Schulweg zu schützen. So wäre auch eine Anbindung an das Zukunftsprojekt: Sport und Bildungs-Park gegeben.

Zur Lebensqualität gehört auch gefahrlos mit dem Rad durch Bürstadt fahren zu können. Oder zu Fuß Dinge zu erledigen, ohne ständig von Engpässen auf dem Bürgersteig behindert zu werden. Dies ist in manchen Bereichen von Bürstadt derzeit leider nicht möglich.

Errichtung weiterer Kreisverkehre an neuralgischen Kreuzungen

Wir fordern die Errichtung eines Kreisels am Bahnübergang Forsthausstraße / Nibelungenstraße.

Wir fordern die Errichtung eines Kreisels an der Einmündung der Wasserwerkstraße zur Nibelungenstraße.

Neuralgische Kreuzungen sollen entschärft werden. Dabei sind die Kreuzungen Bahnübergang Nibelungenstraße /Forsthausstraße, sowie Nibelungenstraße/ Wasserwerkstraße vorrangig zu ändern.

Ein Kreisel ist die beste Lösung, um Verkehrsstaus an Kreuzungen zu lösen. Dies ist ja auch gut an den nördlichen und südlichen Ortsausgängen gelungen. Daher plädieren wir an der Ecke Nibelungen-/ Forsthausstraße ebenfalls einen Kreisel mit einer separaten Abbiegespur zum Bahnübergang, einer zusätzlichen Geradeausspur stadtauswärts und getrennter Radwegführung zu bauen.

Der Kreisel verhindert mit seiner separaten Abbiegespur zum Bahnübergang und der separaten Geradeausspur Richtung Ortsausgang die regelmäßigen Staus und verbindet den Fahrradweg aus Lorsch/Einhausen über die Nibelungenstraße in Richtung Worms. Weiterhin ist an der Ecke Wasserwerkstraße/ Nibelungenstraße ebenfalls ein Kreisel notwendig, um den ständig zunehmenden Verkehr vom Sonneneck abfließen zu lassen.

Förderung von Carsharing

Wir fordern die Förderung von Carsharing-Projekten.

Ein durchschnittlicher PKW steht ca. 23 Stunden pro Tag auf einem Parkplatz. Die meisten davon im öffentlichen Raum. Carsharing-Projekte können die Nutzung von PKWs deutlich effizienter und günstiger entwickeln und entlasten den öffentlichen Raum. Auf dem Stadtgebiet verteilt sollten mehrere Carsharing-Plätze entstehen. Insbesondere in den bestehenden und geplanten Neubaugebieten.

Ausreichende Anzahl von überdachten Fahrradabstellmöglichkeiten

Wir fordern die Schaffung von überdachten Fahrradstellplätzen auch am Bahnhof Riedrode und Bobstadt.

Wir fordern die Schaffung von überdachten Fahrradstellplätzen an Einkaufszentren und in der Innenstadt

Auch in Riedrode soll es endlich Fahrradständer am Bahnhof geben. Dies ist essenziell für eine grüne Radinfrastruktur.

Um die Fahrradinfrastruktur zu stärken ist dies auch an den Einkaufszentren und in der Innenstadt umzusetzen.

Verbesserung der Mobilität

Wir fordern die Errichtung von Mitfahrbänken.

Mitfahrbänke sind beschilderte Sitzbänke. Hier können Menschen Platz nehmen, die eine Mitfahrgelegenheit benötigen. Wer im Auto vorbeifährt, kann eine wartende Person spontan einsteigen lassen und mitnehmen, wenn das Ziel zur eigenen Strecke passt. Auch als Treffpunkt für verabredete Mitfahrgelegenheiten eignet sich eine Mitfahrbank hervorragend. Mitfahrbänke sind fahrplanunabhängig und ergänzen den öffentlichen Nahverkehr. Sie stehen daher an Standorten und Streckenverbindungen, an denen die Busverbindung umständlich ist oder der Bus nur selten fährt. Gleichzeitig fördern die Mitfahrbänke das soziale Miteinander und schonen die Umwelt, wenn in einem Auto mehrere Personen sitzen.

Ausbau des Stadtbusses und Reduzierung des Fahrpreises

Wir fordern den Ausbau des Stadtbus-Liniennetzes.

Wir fordern mehr Transparenz der Busverbindungen.

Wir fordern eine Begrenzung des Fahrpreises des Stadtbusses auf 0,50€ pro Fahrt.

Der Stadtbus in Bürstadt ist ein wichtiges Projekt. Der Bus fährt regelmäßig, wird aber kaum genutzt. Die Fahrzeiten und Fahrstrecken sind kaum transparent und bekannt. Das Busnetz muss attraktiver für die breite Masse werden.

Erste Schritte in die richtige Richtung wären mehr Transparenz z.B. im Internet, aber auch eine App, mit der die Fahrzeiten der Stadtbusse besser einsehbar werden. So könnte man vor allem jüngere Menschen ansprechen.

Eine Begrenzung des Fahrpreises auf 50 Cent/Fahrt innerhalb des Stadtgebietes würde sicherlich die Auslastung erhöhen und ist eine klare Forderung der GRÜNEN Bürstadt.

Verbesserung von Bus- und Zugverbindungen

Wir fordern den Ausbau des ÖNPV.

Wir setzen uns überall für Umdenken bei der Mobilität ein. Hierzu fordern wir, dass sich die Stadt Bürstadt für eine bessere Bus- und Bahnanbindung einsetzt. Vor allem während der Schulzeit sind die Züge oft überlastet. Deshalb stehen wir für einen Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs zu Stoßzeiten.

Förderung und Ausbau der Elektromobilität

Wir fordern den Ausbau des öffentlichen Ladenetzes auf 10% aller öffentlichen Parkplätze bis Ende 2022.

Um die ehrgeizigen Umweltziele, insbesondere eine ausgeglichene CO2 Bilanz zu erreichen ist es notwendig, im öffentlichen Raum ausreichend Elektroladestationen zu installieren. Wir fordern deshalb die Schaffung von Elektroladestationen an mindesten 10 % aller öffentlichen Parkplätze in den nächsten zwei Jahren.

Landwirtschaft und Kulturflächenerhalt

Förderung von Landwirtschaft in Bürstadt

Wir wollen Schulbauernhöfe und Schulgartenprojekte fördern und damit Landwirtschaft und Ernährung in die Schulen und Kitas bringen.

Wir wollen Dialog mit den örtlichen Landwirten.

Wir als GRÜNE fördern lokale Landwirtschaft!

Hier legen wir vor allem Wert auf biologische Anbaumethoden. Wir verstehen, dass dies ein großer Schritt für die Landwirte ist und wollen deshalb den stärkeren Dialog mit den Landwirten suchen. Außerdem wollen wir Bauern subventionieren, die den Bio-Standard einhalten und Blühflächen, bzw. insektenfreundliche Feldränder stehen lassen.

Wir fordern die Unterstützung der vorhandenen regionalen handwerklichen Lebensmittelverarbeitung, damit viel Wertschöpfung in der Region bleibt. Wir wollen Initiativen unterstützen, die Tiertransporte reduzieren.

Wir wollen Schulbauernhöfe und Schulgartenprojekte fördern und damit Landwirtschaft und Ernährung in die Schulen und Kitas bringen.

Einsetzen eines Tierschutzbeauftragten

Wir fordern die Einsetzung eines Tierschutzbeauftragten.

Außerdem fordern wir die Einsetzung eines/einer ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten. Tierschutz ist ein im Grundgesetz verankertes Staatsziel. Für die Umsetzung des Staatsziels sind Bund, Länder und Kommunen verantwortlich. Auf kommunaler Ebene wird allerdings zu wenig getan, um das Tierwohl zu garantieren. Die Amtsveterinäre*innen sind nur für den Bereich der Kontrolle zuständig und decken somit nur einen Teilbereich des kommunalen Tierschutzes ab. Der*Die Tierschutzbeauftragte sollte ehrenamtlich und politisch und administrativ unabhängig sein. Er*Sie sollen die Stadt beraten, indem er*sie Stellung zu speziellen Fragestellungen den Tierschutz betreffend nimmt. Des Weiteren soll der*die Tierschutzbeauftragte für die Stadt Vorschlägen und Initiativen zur Verbesserung des Tierschutzes erarbeiten. Auch soll er*sie repräsentative Aufgaben übernehmen und als Ansprechpartner*in für Bürgerinnen und Bürger, sowie Tierschutzorganisationen dienen. So soll er*sie auch zwischen Verwaltung und Tierschutzorganisationen vermitteln.

Des Weiteren soll eine enge Zusammenarbeit mit der hessischen Landestierschutzbeauftragten bestehen.

Letztendlich erhoffen wir uns von einem/einer ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten auch einen Dialog mit Betroffenen, sowie eine beratende Funktion in Bürstadt.

Der/ Die Tierschutzbeauftragte soll einmal jährlich dem Stadtparlament über die geleistete Tätigkeit berichten.

Unterstützung Paludikultur

Agraranbau in wiedervernässten Mooren fördern.

Rund um Bürstadt wurden in den letzten hundert Jahren Moore trockengelegt, um diese Flächen für die Landwirtschaft nutzbar zu machen. Heute wissen wir, dass trockengelegte Moore enorme Mengen von Treibhausgasen freisetzen, so dass sie volkswirtschaftlich nicht gewinnbringend zu bewirtschaften sind. Außerdem nimmt die Bodengüte und damit der landwirtschaftliche Ertrag der trockengelegten Moore langfristig ab und der Grundwasserspiegel sinkt.

Daher fordern wir die Wiedervernässung dieser Moore durch Beenden der Maßnahmen zur Entwässerung überall dort, wo das noch praktisch umsetzbar ist.

Bei der Gestaltung von Bebauungsplänen und Bauvorhaben ist die Möglichkeit dadurch steigender Grundwasserspiegel zu berücksichtigen. Die landwirtschaftliche Nutzung der wiedervernässten Moore kann dann in Paludikultur erfolgen. Die Stadt Bürstadt unterstützt die Landwirte bei der Umstellung ihrer Arbeitsweise auf die neuen Verfahren und Produkte.

Erhalt von Kulturflächen

Wir fordern die Erhaltung von Kulturflächen.

Die Erhaltung von Kulturflächen hat Vorrang vor der Erschließung neuer Bau- und Industriegebiete. Besonders liegt uns hier die Fahrwiese in Riedrode am Herzen. Es soll auf den Flächen keine weitere Bebauung mehr stattfinden und es soll kein Verlust von Ackerflächen geben.

Unterstützung Paludi Kultur: Agraranbau in wiedervernässten Mooren

Kultur und Vereinsförderung

Kunst und Kultur stärken – für ein offenes und freies Miteinander

Wir fordern, dass Proberäume z.B. für Bands, Theater- und Tanzgruppen geschaffen und der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

Wir fordern die Förderung der Jugendkultur durch Bezuschussung von Projekten.

Wir setzen uns dafür ein, dass neben der Förderung von „Leuchttürmen“ der klassischen Hochkultur kleine lokale Projekte, wie freie Theatergruppen, Independent-Bands oder Jugendorchester, Kleinkunst etc. ausreichend Möglichkeiten und Förderung erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinsame Projekte mit Schulen angeregt und gefördert werden.

Kulturpolitik bedeutet für uns GRÜNE Aufbau und/oder Sicherung einer kulturellen Vielfalt für unsere Mitbürger*innen. Diese kulturelle Infrastruktur muss allen Mitbürger*innen -ob jung oder alt- in allen Stadtteilen zugänglich gemacht werden. Besonders in Zeiten mit zunehmenden extremistischen Tendenzen und neuen populistischen Bewegungen stehen Kunst und Kultur für eine gemeinsame Auseinandersetzung um Werte und Einstellung in unserer Stadt.

Denn die Förderung von Kunst und Kultur ist eine öffentliche Aufgabe.

Räume für Kunst und Kultur schaffen

Wir fordern die Schaffung von Räumen für Künstler*innen.

Kultur schafft Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie erweitert die Lebenswirklichkeit, stärkt Mündigkeit und Urteilskraft, ermöglicht die Beteiligung an gesellschaftlichen Entwicklungen und eröffnet neue Einsichten und Blickwinkel. Sie fördert den Austausch und stärkt den Zusammenhalt. Kultur ist ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft und damit

auch Teil unserer Demokratie.

Deshalb treten wir ein für die Freiheit von Kunst und Kultur und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Kulturelle Vielfalt ist für uns Ausdruck gesellschaftlicher Stärke. Besonders Jugendliche brauchen Kunst und Kultur zu Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Deshalb fordern wir, dass nicht nur Sportvereine, sondern auch kulturelle, beziehungsweise künstlerische Vereinigungen gefördert werden.

Konkret fordern wir, dass öffentliche Proberäume für Bands, oder allgemein Räume für Künstler, die sich keine eigenen Räumlichkeiten leisten können, zur Verfügung gestellt werden. Diese können kostenlos, nach Eintragung und auf Zeit, von der Stadt „gemietet“ werden.

Vereinsförderung

Wir fordern eine transparente Förderung von Vereinen.

Die Vereinskultur hat in Bürstadt im gesellschaftlichen Leben einen hohen Stellenwert. Deshalb wollen wir diese in all ihrer Vielfalt erhalten und fördern. Hierfür ist vor allem die Transparenz bei der Vereinsförderung ein zentraler Punkt. Unser Ziel sollte hier der Erhalt von Traditionsvereinen, aber auch die Unterstützung neu gegründeter Vereine sein, sowohl in finanzieller, als auch in organisatorischer Hinsicht.

Für eine europäische Kommune

Stärkung von Initiativen und Projekten mit unseren Partner- und Freundschaftsstädten.

Wir fördern den Kontakt mit unseren Partnergemeinden, um von Wissensaustausch und freundschaftlichen Beziehungen über Grenzen hinweg zu profitieren. Deshalb fordern wir die Stärkung von Initiativen und Projekten mit unseren Partner- und Freundschaftsstädten.

Wirtschaft und Digitalisierung

Ausbau des Glasfasernetzes auf der letzten Meile

Wir fordern, dass die Stadt die Bürger*innen frühzeitig über Tiefbauarbeiten informiert, sodass ein Glasfaseranschluss günstiger gelegt werden kann.

Nicht zuletzt die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir privat und beruflich auf eine leistungsfähige digitale Infrastruktur angewiesen sind. Unser Ziel ist der flächendeckende Glasfaserausbau im FTTH-Standard (Fiber to the Home). Viele Netzbetreiber legen Glasfaser nur bis an den Verteilerkasten und die sogenannte letzte Meile bis zum Haus bleibt Kupferkabel. Privatpersonen können dann auf hohe Eigenkosten Glasfaser bis zum Verteilerkasten legen lassen. Deshalb fordern wir, dass die Stadt sich beim Glasfaserausbau bis an die Haustür beteiligt, das heißt frühzeitig die Anwohner zu informieren, wenn Tiefbauarbeiten in der Straße anfallen, sodass im Zuge dieser Arbeiten Glasfaser verlegt werden kann. Nicht nur, aber erst recht in Zeiten einer Pandemie wird eine schnelle Internetverbindung dringend benötigt.

Für eine nachhaltige Wirtschaft

Wir fordern die Förderung von Kreislaufwirtschaft und Wiederverwertung.

Wir fordern die Einrichtung der Stelle eines*einer Nachhaltigkeitsmanager*in.

Wir ermöglichen Start-Ups die Zwischennutzung leerstehender kommunaler Räume.

Kommunale Wirtschaftspolitik soll nachhaltig ausgerichtet sein. Kommunale Müllverbände können mit dem Schwerpunkt auf Kreislaufwirtschaft und Wiederverwertung beitragen, Rohstoffe und wertvolle Ressourcen zu schonen. Auch Gewerbe- und Industriegebiete können durch einen Nachhaltigkeitsmanager wertvolle Ressourcen und Geld sparen. Der Abfall des einen Betriebs ist der Rohstoff des anderen, dies kann schon bei der Gewerbeansiedlung berücksichtigt werden. Wir erkennen die besondere Bedeutung von Sozialunternehmen an, da sie gewinnbringend gesellschaftliche Herausforderungen lösen. Wir ermöglichen Start-Ups die Zwischennutzung leerstehender kommunaler Räume. Damit der Blick auf Nachhaltigkeit und Ökologie verstärkt im Vordergrund steht, fördern wir diese Schwerpunkte in der Unternehmenskultur.

Einführung einer Informationsfreiheitssatzung auch in Bürstadt

Wir fordern die Einführung einer Informationsfreiheitssatzung.

Informationsfreiheit ist das Recht auf Einsicht in Dokumente und Akten von öffentlichen Stellen. Dieses Recht ergibt sich aus Art. 5 Abs. 1 des Grundgesetzes. Dieser beinhaltet neben der Meinungs- und Pressefreiheit ausdrücklich das Recht auf Information. Leider wird dieses Gesetz kaum auf kommunaler Ebene angewandt. Das wollen wir ändern!

Das Datenschutzgesetz des Landes Hessen wurde 2018 reformiert und erhielt die neue Bezeichnung Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG). Die Informationsfreiheit gilt in hessischen Kommunen aber nur dann, wenn diese die Anwendung ausdrücklich in einer eigenen Satzung bestimmen. Beispiele hierfür sind die Stadt Kassel und Bad Soden am Taunus.

Das HDSIG ermöglicht Bürger*innen den Zugang zu amtlichen Dokumenten. Vom Recht auf Informationsfreiheit umfasst sind alle Aufzeichnungen, die amtlichen Zwecken dienen, unabhängig von der Art der Speicherung. Nicht darunter fallen hingegen Entwürfe und Notizen, die nicht Bestandteil eines Vorgangs werden sollen. Eine weitere Ausnahme sind besondere öffentliche und private Belange, personenbezogene Daten, sowie behördliche Entscheidungsprozesse. Ein Beispiel sind laufende Disziplinarverfahren oder wenn der Antragsteller aus wirtschaftlichem Interesse handelt. Und auch Protokolle vertraulicher Beratungen, z.B. von Magistratssitzungen, unterliegen nicht der Informationsfreiheit. Weitere Ausnahmen sind im Gesetzestext aufgeführt. Alle Auskünfte sind kostenlos, müssen aber im entsprechenden Amt oder an der entsprechenden Stelle gestellt werden.

Mögliche zukünftige Änderungen des Gesetzes durch das Land Hessen erhalten automatisch Gültigkeit auch für die betreffende Kommune.

Wir halten es für das Recht einer jeden Bürgerin und Bürgers, dass Transparenz auch in unsere Stadt ein unantastbares Gut ist!

Gestaltung digitaler Politik für eine größere Transparenz bei politischen Entscheidungen

Wir fordern die Verbesserung des Bürger*innen-Informationssystems.

Bei vielen Entscheidungen in einer Stadt geht es um Interessenabwägung, es muss also abgewogen werden, was das Beste für die Allgemeinheit, die Betroffenen und die Stadt ist. Dass dabei Kompromisse eingegangen werden müssen ist auch ein Wesen der Politik. Eine gute Bürger*innen Beteiligung setzt ein umfassendes Wissen der Bürger*innen über geplante Vorhaben und deren Stand voraus. Hierfür wollen wir das Bürger*innen-

Informationssystem verbessern. Dafür müssen alle Anträge, Vorlagen und Protokolle öffentlich einsehbar sein.

Was aber unbedingt zu vermeiden ist, das ist, dass die teilweise folgenreichen Entscheidungen der Stadt intransparent und quasi willkürlich erscheinen. Dies ruft Frust und Machtlosigkeit bei den Bürger*innen hervor. Für uns GRÜNE steht deshalb die Transparenz von politischen Entscheidungen ganz oben beim politischen Handeln.

Transparenz von Städtischen Gremien und des Stadtparlaments

Wir fordern die digitale Übertragung von öffentlichen Sitzungen der städtischen Gremien.

Wir fordern direkte Beteiligungsmöglichkeiten von Bürger*innen.

Es ist wichtig, die Stadt insgesamt, sowie die Verwaltung zu digitalisieren und so weiter zu modernisieren.

Diese Faktoren können gerade junge, engagierte Bürger*innen zu politischer Teilhabe motivieren. Deshalb fordern wir, um eine Stärkung der Demokratie und Transparenz zu erreichen, dass Stadtverordnetenversammlungen live auf der Webseite der Stadt Bürstadt gestreamt werden.

So kann jede*r Bürger*in an den politischen Entscheidungen teilhaben.

Mit Bürger*innen-Räten soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei ausgewählten Themen die Alltagsexpertise von Bürger*innen noch direkter in die politischen Entscheidungen einfließen zu lassen.

Zufällig ausgewählte Bürger*innen beraten in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen und Impulse für die öffentliche Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. Es gilt sicherzustellen, dass die Teilnehmenden sich frei, gleich und fair eine Meinung bilden können und dass ihnen ausreichend Raum für eine intensive Auseinandersetzung mit der Fragestellung gegeben wird. So könnten zum Beispiel die LoPa und SoPa durch Bürger*innen-Räte ergänzt und beraten werden. Bürger*innen-Räten kommt eine rein beratende Funktion für die öffentliche Debatte zu.

Das Stadtparlament muss sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen, ihnen aber nicht folgen. Bürger*innen-Räte können auf Initiative des Stadtparlaments zu einer konkreten Fragestellung eingesetzt werden.